

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Frauen sind noch in vielen Bereichen schwach vertreten

34. Bodenseetagung Christlicher Politiker zum Thema «Ohne Frau ist kein Staat zu machen» am Samstag in Triesenberg

(s.e.) – Die Teilnahme von Frauen am politischen Leben wird mittlerweile als selbstverständlich betrachtet. Als Trägerinnen von grosser politischer Verantwortung sind die Frauen im Bodenseeraum aber nach wie vor auf allen Ebenen deutlich unterrepräsentiert, wie am Samstag im Rahmen der diesjährigen 34. Bodenseetagung Christlicher Politiker im Triesenberger Gemeindesaal festgestellt werden konnte. Seitens der liechtensteinischen C-Parteien sprach lic. iur. Cornelia Ritter (VU) von einer sich abzeichnenden Richtungsänderung in der hiesigen Frauenpolitik und FBP-Fraktionsprecher Dr. Ernst Walch rief in seinem Schlusswort zu vermehrter Partnerschaft in der Politik auf.

Namhafte Spitzenpolitikerinnen und -politiker aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein haben am Samstag im Rahmen der 34. Bodenseetagung Christlicher Politiker im Gemeindesaal Triesenberg die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft kritisch durchleuchtet und mit rund 250 interessierten Gästen im Plenum erörtert. Die Frauenpolitik in Liechtenstein, Frauen im politischen Leben Deutschlands, Frauen und Politik in der Schweiz, das Bild der Frau im christlichen Europa, Frauen – der grössere Teil der Menschheit und die allgemeine Situation der Frau im Bodenseeraum bildeten unter



Christliche Politiker aus dem gesamten Bodenseeraum trafen sich am Samstag in Triesenberg zu ihrer 24. Internationalen Tagung. (Bild: R. Korner)

dem Motto «Ohne Frau ist kein Staat zu machen» die Themenschwerpunkte der Tagung.

### Faire Rahmenbedingungen gefordert

Zu Beginn der von der Vaterländischen Union organisierten Veranstaltung forderte die CDU-Bundestagsabgeordnete Ortrun Schätzle in einer verglei-

chenden Betrachtung der gesellschaftlichen Stellung der Frau im Bodenseeraum «faire Rahmenbedingungen für eine neue partnerschaftlich orientierte Generation von Mann und Frau». Ortrun Schätzle: «Offene Ungleichbehandlung von Frauen darf in einem grenzüberschreitenden Europa keinen Platz haben!»

Sehr kritisch äusserte sich auch Österreichs Umweltministerin Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankel. Als Politikerin einer konservativen Partei (ÖVP), die immer auch für Frauen Partei ergriffen habe, bedauerte sie unter anderem, dass zwischen Familienpolitik und Frauenpolitik nach wie vor eine gewisse Spannungsverhältnis herrscht. «Nicht alles», so Feldgrill-Zankel, «was Frauen betrifft, betrifft auch Familien. Aber alles was die Familien betrifft, betrifft immer auch die Frauen.»

### Quotenregelung kein Mittel?

Dr. Mathilde Berghofer, Stellvertreterin des Bayerischen Ministerpräsidenten und Staatsministerin der Justiz, hält Quotenregelungen als Mittel zur stärkeren Einbindung von Frauen in die Politik für ungeeignet. «Eine Quote», so die engagierte Politikerin, «bescheinige den Frauen mangelndes Durchsetzungsvermögen». Sie forderte einen weiteren Bewusstseinswandel in der Bevölkerung und eine verstärkte Werbung für politisches Engagement von Frauen durch «bereits politisch aktive Frauen und Männer».

Der thurgauische CVP-Präsident, Dr. Heinrich Stösser, zeichnete eher ein philosophisches Bild von «der Frau im christlichen Europa» in dem er die Polarität des Menschen, ausgedrückt in

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Sport aktuell



Theo Hoch Schweizer Meister im Kugelschiessen

Bereits zum vierten Mal in Serie heisst der Schweizer Meister im Kugelschiessen Theo Hoch (unser Bild). Der 47jährige Coiffeurmeister aus Triesen war gestern in Zuchwil erneut eine Klasse für sich und liess der Gegnerschaft nicht den Hauch einer Siegeschance. Der Liechtensteiner war mit seinen glänzenden 595 Punkten (7 mehr als im Vorjahr) eine Klasse für sich und verwies die Konkurrenz deutlich auf die Ehrenplätze. Der zweitplatzierte Beat Schmitt (Bellach) lag am Ende nicht weniger als 12 Punkte hinter Theo Hoch zurück. Der Triesener, der offiziell nicht als Schweizer Meister geführt wird (Ausländer!), gewann mit den Jagdschützen Glarus auch die Mannschaftswertung. Auch in der Kategorie C ging der Sieg nach Liechtenstein: Daniel Nägele aus Nendeln gewann mit 265 Punkten. Herzlichen Glückwunsch an Theo Hoch und Daniel Nägele.

### Vaduz, USV und Balzers siegen

Recht erfolgreich verlief das Wochenende für unsere Fussballteams. Während Neuling Schaan zuhause gegen Rebstein zu einem 0:0 kam, feierten Vaduz (2:0 in Mels), Balzers (1:0 in Flums) und der USV Eschen/Mauren (3:1 in Niederurnen) Auswärtssiege. In der 3. Liga gab es folgende Resultate: USV II – Triesen 0:1, Balzers II – Buchs 2:4, Triesenberg – St. Margrethen 3:6, Au II – Ruggell 1:1, Vaduz II – Diepoldsau 3:2.

## Flüchtlingsproblematik – eine Aufgabe der Staatengemeinschaft

Der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut Zilk sprach vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) über Flüchtlingsproblem

(G.M.) – Nicht als Aufgabe eines einzelnen Landes, sondern als bedeutende Aufgabe der gesamten Staatengemeinschaft bezeichnete Dr. Helmut Zilk, Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, das Flüchtlingsproblem. Zilk sprach auf Einladung des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) am Freitagabend im Rathaussaal Vaduz. Ausserdem vertrat der Referent die Auffassung, dass auch im Bereich der Flüchtlingsproblematik das «Verursacherprinzip» angewendet werden sollte.

LPC-Präsident Walter B. Wohlwend stellte Bürgermeister Dr. Helmut Zilk als Persönlichkeit vor, die einen grossen Bekanntheitsgrad aufweist und durch seine langjährige Tätigkeit als Bürgermeister der «Frontstadt Wien» aus erster Hand über die Flüchtlingsproblematik und deren Bewältigung berichten könne. In der Tat verstand es der Referent, mit klaren Worten auf die eigentlichen Probleme hinzuweisen, Lösungsvorschläge zu unterbreiten und auch provokante Thesen zu vertreten – allerdings blieb am Schluss doch eine gewisse Hoffnungslosigkeit zurück, denn solange nicht die gesamte Staatengemeinschaft

sich für die Flüchtlinge und vor allem für die Vermeidung von Konflikten einsetzt, wird es immer wieder Menschen auf der Flucht geben.

### Wien als Drehscheibe für Flüchtlinge

Die Stadt Wien, die seit 1984 von Bürgermeister Zilk geleitet wird, kann als eine Drehscheibe für Flüchtlinge aus dem Osten Europas bezeichnet werden. Bürgermeister Zilk erwähnte in seinen einleitenden Worten die Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg, dann die Flüchtlinge nach dem Ungarn-Aufstand 1956, die Flüchtenden aus der Tschechoslowakei nach 1968 und in Welten die Auswanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion – sie alle haben in Österreich für kürzere oder längere Zeit Gastfreundschaft erhalten, sind von Wien in andere Staaten weitergereist, in ihr Heimatland zurückgegangen oder in Österreich geblieben. Alle Verfolgten, erklärte Bürgermeister Zilk mit Hinweis auf die Flüchtlinge nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges, hätten einen Anspruch auf Aufnahme.

### Aufgabe der Staatengemeinschaft

Mit diesem Hinweis deutete Bürger-

meister Zilk an, dass nicht nur Österreich in der gegenwärtigen Situation mit Tausenden von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien eine Verantwortung wahrzunehmen habe, sondern dass die internationale Staatenwelt aufgerufen sei, hier helfend einzugreifen.

Gleichzeitig gab er auch deutlich zu verstehen, dass die Staatengemeinschaft eine Aufgabe zur Konfliktverhinderung oder Konfliktbewältigung zu leisten habe, denn solange in Jugoslawien geschossen werde, seien Menschen auf der Flucht.

In diesem Zusammenhang sprach Zilk auch vom «Verursacherprinzip» in der Politik und der Flüchtlingspolitik: Jene Staaten, die mitgeholfen hätten, nach den beiden Weltkriegen Reiche zu zerschlagen und künstliche Staatengebilde zu schaffen, hätten heute in der Konfliktsituation auch eine Verantwortung, um die Flüchtlingsfrage zu lösen. Ohne genau anzusprechen, welche Staaten er im Visier habe, machte Bürgermeister Zilk deutlich, dass Österreich nicht mit dem Flüchtlingsproblem allein gelassen

werden dürfe – der Strom der Flüchtenden halte an, alle seien zur Hilfe aufgerufen.

### Mehr Kriegs- als Flüchtlingsdiskussion

In der anschliessend an den Vortrag von Alphons Matt geleiteten Diskussion, die engagiert geführt wurde, stand allerdings mehr die Kriegsfrage als die Flüchtlingsproblematik aus dem ehemaligen Jugoslawien im Vordergrund. In den Diskussionsbeiträgen und Fragen tauchte immer wieder der Gedanke auf, ob nicht die UNO, die NATO oder eine Staatengemeinschaft eingreifen könnte, um dem Blutvergiessen und dem Flüchtlingselend ein Ende zu bereiten. Die Forderung sei klar, meinte Alphons Matt zum Schluss, dass im ehemaligen Jugoslawien eine Befriedung durchgeführt werden müsse. Gleichzeitig stehe die Lösung des Flüchtlingsproblems zuoberst auf der Forderungsliste. Nicht vergessen werden dürfe auch, betonte Matt, dass bereits heute über den Aufbau der jugoslawischen Staaten nachgedacht werde, denn aus eigener Kraft könnten diese Völker dies nicht schaffen.



Wiens Bürgermeister Dr. Helmut Zilk (rechts), war bei seinem Besuch am Freitag in unserem Land auch Gast bei Arthur Konrad, Bürgermeister von Vaduz, im Vaduzer Rathaus. (Bild: Roland Korner)



Bürgermeister Dr. Helmut Zilk bei seinem Vortrag über Flüchtlingsproblematik im Vaduzer Rathaussaal. Eine interessierte Zuhörerschaft war mit ihm wohl einverstanden, dass die internationale Staatengemeinschaft gefordert ist. (Bild: Roland Korner)

## Meinungsumschwung für EWR-Beitritt

Bern (AP) Die Stimmung in der Europapolitik hat sich in der Schweiz gemäss einer Meinungsumfrage nach dem Auftakt der Debatte im Parlament zugunsten des EWR verschoben. Ein am Sonntag bekanntgewordenes Papier des Integrationsbüros weist auf schwerwiegende Nachteile, die die Schweiz bei einem Nein zum EWR zu erleiden hätte.

50,2 Prozent der Befragten sprachen sich für den EWR aus, wie die vom Meinungsforschungsinstitut MIS bei 653 Personen am Mittwoch und Donnerstag durchgeführte Umfrage ergab. Insbesondere in der Deutschschweiz hat der EWR an Boden gutgemacht. 47 Prozent der Deutschschweizer sprachen sich für das Vertragswerk aus: eineinhalb Wochen zuvor waren es noch rund zehn Prozent weniger gewesen. In der Westschweiz sprachen sich gemäss der neuesten Umfrage 61 Prozent für den EWR aus. Rund ein Fünftel der Bevölkerung hat sich zum EWR noch keine definitive Meinung gebildet, während knapp 30 Prozent die Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt ablehnen.